

Niederschrift

über die 13. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 08.11.2022, um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Johannes Mans

Ratsmitglieder

Felix Anders
Sigrid Augst-Hedderich
Armin Barg
Ingrid Bartholomäus
Bernd Karl Bornewasser
Marianne Bornewasser
Beate Bötte
Ursula Brand
Saskia Burgmann
Dietmar Busch
Sebastian Dickoph
Petra Ebbinghaus
Rolf Ebbinghaus
Volker Ebbinghaus
Sandro Feuerpeil
Jürgen Fischer
Hans Wilhelm Golombek
Majid Haberkorn
Bernd-Eric Hoffmann
Dennis Jaroschek
Tobias Jeschke
Dustin Kempf
Thomas Klee
Rosemarie Kötter
Rafael Krauskopf
Florian Langfeld
Thomas Lorenz
Malik Nasir Mahmood
Elisabeth Pech-Büttner
Petra Pfeiffer
Annette Pizzato
Sabine Plasberg-Keidel
Rainer Röhlig
Nicolai Rüggeberg
Udo Schäfer
Sebastian Schlüter
Annegret Scholl
Dietmar Stark
Klaus Steinmüller
Gerd Uellenberg
Annette Verhees

ab 16:38 Uhr (TOP 13)

ab 16:07 Uhr (TOP 5)

ab 16:10 Uhr (TOP 5)

Antje von der Mühlen
Dejan Vujinovic
Burkhard Wigge

von der Verwaltung

Björn Borg
Jörn Ferner
Sandra Hilverkus
Burkhard Klein
Flora Treiber
Simon Woywod

Schriftführerin

Larissa Schipper

es fehlen:

Ratsmitglieder

Klaus Haselhoff
Nils Paas
Christoph Schlüter
Jörg Weber

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1. Informationen des Bürgermeisters
2. Einwohnerfragestunde
3. Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung BV/0170/2021/1
4. Änderung der Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen BV/0311/2022
5. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage BV/0312/2022
6. Besetzung von Ausschüssen und Gremien
7. Sachstandsbericht Asyl
8. Bericht über die finanziellen Aufwendungen der Stadt im Zusammenhang mit dem Ukraine_Konflikt IV/0145/2022
9. Mitteilung über überplanmäßige/ausserplanmäßige Aufwendungen und Investitionsauszahlungen. IV/0146/2022

10. Bericht über die aktuelle Haushaltssituation
11. Energiesparmaßnahmen (Anfrage der AfD-Fraktion vom 19.10.2022) AF/0026/2022
12. Mitteilungen und Fragen

Der Bürgermeister eröffnet um 16:00 Uhr die Ratssitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit gemäß § 8 der Geschäftsordnung fest.

Auf die Abfrage der Befangenheit erklärt sich kein Mitglied für befangen.

(Öffentlicher Teil)

1. Informationen des Bürgermeisters

Hierzu wird nichts vorgetragen.

2. Einwohnerfragestunde

Der Bürgermeister liest die Antwort des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes vor:

Herr Schäfer bittet um Auskunft über mögliche Mehrkosten durch die zukünftige CO2 Bepreisung sowie die Gebührenentwicklung bei der Abfallentsorgung in Radevormwald, insbesondere mit Verweis auf eine Vorlage im Betriebsausschuss für die Technischen Betriebe der Stadt Remscheid. Darin werden Informationen über die Novellierung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) und mögliche Auswirkungen auf die Kosten/Gebühren der kommunalen Abfallentsorgung in Remscheid zur Kenntnis gegeben.

Ursprünglich sollte zum 01.01.2023 auch die Abfallverbrennung in die Bepreisung der CO2 Emissionen aufgenommen werden. Der Bundestag hat am 20.10.2022 jedoch beschlossen, dies auf den 01.01.2024 zu verschieben. Für das Jahr 2023 sind in den Verbrennungsentgelten für den Haus- und Sperrmüll daher keine Kosten für CO2 Zertifikate enthalten.

Motiv für die Verschiebung war in erster Linie, dass in der jetzigen Situation (Inflation, steigende Energiepreise, etc.) eine Notwendigkeit gesehen wurde, zusätzliche Belastungen für Bürger und Unternehmen zu verhindern. Darüber hinaus ist die CO2-Bepreisung von Müllverbrennungsanlagen immer noch ein Thema der aktuellen politischen Diskussion. Das Gesetzgebungsverfahren ist noch anhängig.

Seitens Sachverständiger wird nach wie vor auch grundsätzliche Kritik an der CO2-Bepreisung der Müllverbrennung geäußert. Der gesetzgeberische Wille, nämlich durch das BEHG den CO2-Ausstoß zu reduzieren, führe im Fall der Müllverbrennung nicht zum Ziel. Auch bestünde die Gefahr, dass, möglicherweise auch illegal, Abfälle in das Ausland exportiert und dort verbrannt würden. Eine endgültige Abstimmung auf europäischer Ebene ist bisher nicht erfolgt. Das Europäische Parlament ist für eine Einbeziehung der

Müllverbrennung in den europäischen Emissionshandel ab dem Jahr 2026; der EU-Ministerrat möchte dies erst ab dem Jahr 2031.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussionen und noch zu klärender Details der Umsetzung sind belastbare Prognosen über mögliche zukünftige Kostensteigerungen durch eine wie auch immer konkret gestaltete CO₂-Bepreisung zum derzeitigen Zeitpunkt nicht möglich.

Seitens der Stadt Remscheid werden in deren Ausschussvorlage vom 06.09.2022 mögliche Gebührensteigerungen in Höhe von 12 % – 15 % für das Jahr 2023 in den Raum gestellt. Durch die Aufschiebung der CO₂-Bepreisung für die Abfallverbrennung ist diese Aussage überholt. Eine nachvollziehbare Herleitung für diese Erwartung findet sich in der vorliegenden Drucksache der Stadt Remscheid nicht. Aufgeführt werden Mehraufwendungen von bis zu 35 € pro Tonne. Es wird an dieser Stelle nicht angegeben, ob sich dieser Betrag auf eine Tonne CO₂, eine Tonne Abfall oder andere Kosten bezieht.

In einem vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebenen Gutachten zu den Auswirkungen des nationalen Brennstoffemissionshandels auf die Abfallwirtschaft von März 2022 wurden Emissionsfaktoren für modellhaft ermittelte Abfallgemische, wie z. B. für Haus- und Sperrmüll oder ein Modellgemisch für die „typische MVA“ ermittelt (Pohl, Becker, Heller, Birnstengel, Zotz; Auswirkungen des nationalen Brennstoffemissionshandels auf die Abfallwirtschaft; <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/studie-auswirkungen-desnationalen-brennstoffemissionshandels-auf-die-abfallwirtschaft.html>).

Die Emissionsfaktoren beschreiben den Anteil an fossilem Kohlenstoff in den Abfallgemischen, welcher zu den CO₂ Emissionen führt, die mit einer Bepreisung versehen werden sollen. Für die Modellrechnungen in Bezug auf Haus- und Sperrmüll und „typische MVA“ liegen die bisher ermittelten Emissionsfaktoren im Bereich von etwa 0,5. Das bedeutet bei einem angenommenen Preis von z.B. 35 €/t CO₂ entsprechende Kosten von rund 17 €/t Abfall.

Im Gutachten werden auch die Auswirkungen auf die Gebühren betrachtet. Dazu werden unterschiedliche modellhafte Varianten aufgeführt, je nachdem ob die Mehrkosten nach einem einheitlichen Emissionsfaktor oder nach Abfallarten differenziert oder nach einem spezifisch anlieferungsbezogenen Emissionsfaktor berechnet werden. Bei letzterem spielt die Getrenntsammlung in der jeweiligen Kommune eine Rolle, z. B. ob die Bioabfälle getrennt gesammelt werden.

Die Prognosen zur Auswirkung der isoliert betrachteten Mehrkosten durch die CO₂ Bepreisung auf die Abfallgebühren haben aufgrund der Variantenvielfalt im Gutachten der Regierung eine große Streubreite. Diese reicht bei einer im Gutachten angenommenen CO₂ Bepreisung von 65 €/t CO₂ von ca. 3 % bis 8 %. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass diese Angaben nichts über die endgültige Höhe der Gebühren aussagen. In die Gebühren fließen nicht nur die Kosten der Abfallbe-handlung, sondern auch die Kosten für die Abfahren, Abfallbehälter, wilden Müll und Verwaltung ein sowie Erlöse und ggf. Gebührenüberdeckungen aus Vorjahren. Darüber hinaus haben die Entwicklung der Abfallmengen, der Bevölkerung und die allgemeine Kostenentwicklung Einfluss auf die Höhe der Gebühren. Man kann somit nicht direkt von den Mehrkosten der CO₂ Bepreisung auf die zukünftige Höhe der Abfallgebühren schließen.

Die Einführung der Biotonne in Radevormwald trägt in jedem Fall zu einer Reduzierung der Restabfallmenge und zur Verminderung des CO₂ Potenzials im Hausmüll bei und somit ggf.

auch zur Kostenverminderung im Falle einer CO2 Bepreisung der Abfallverbrennung. Das hängt von der endgültigen Festlegung der Emissionsfaktoren ab.

Eine belastbare Prognose der Gebührenentwicklung ist unter dem auf unabsehbare Zeit unsicheren politischen und wirtschaftlichen Umfeld kaum möglich. Für eine ausschließliche Prognose der Mehrkosten durch die CO2 Bepreisung kann man aktuell die im Gutachten der Regierung angegebene Größenordnung für die kommunalen Gebühren zugrunde legen.

3. Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung BV/0170/2021/1

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Die Straßenreinigungs- und Gebührensatzung wird wie nachfolgend aufgeführt geändert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Änderung der Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen BV/0311/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Die Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen wird wie nachfolgend aufgeführt geändert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage BV/0312/2022

Herr R. Ebbinghaus erfragt, ob die Bürger Widerspruch gegen den Bescheid des laufenden Jahres einlegen sollten, weil die Verjährungsfrist Ende 2022 abläuft.

Herr Borg teilt mit, dass die Widerspruchsfrist abgelaufen ist. Die Bürger hätten schon Widerspruch einlegen müssen. Für alles Weitere muss die Entscheidung des Gerichtes abgewartet werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

Die Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage wird gemäß der Vorlage der Verwaltung geändert.

Abstimmungsergebnis: 42 Ja-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 7 GRÜNE, 4 UWG, 3 FDP, 3 AfD, 2 RUA, Bürgermeister)
2 Nein-Stimmen (2 AL)

6. Besetzung von Ausschüssen und Gremien

Herr Klee beantragt folgende Ausschussumbesetzung für die SPD-Fraktion:

Jugendhilfeausschuss, zweiter persönlicher Vertreter für Frau Stark
Neu: Felix Anders

Anmerkung der Verwaltung:

Gem. §§ 57, 58 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) i.V.m. § 4 (3) Erstes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG – KJHG) i.V.m. § 4 (3) Satzung des Jugendamtes der Stadt Radevormwald wird für jedes stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses eine persönliche Stellvertretung gewählt.

Somit kann Herr Felix Anders kein zweiter persönlicher Vertreter von Frau Stark sein. Der Beschluss der SPD-Fraktion muss somit vom Bürgermeister beanstandet werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

SPD-Fraktion

Jugendhilfeausschuss, zweiter persönlicher Vertreter für Frau Stark
Neu: Felix Anders

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Sachstandsbericht Asyl

Der Bürgermeister teilt mit, dass seit der letzten Ratssitzung 15 Menschen aus der Ukraine nach Radevormwald gekommen sind. Derzeit sind 252 UkrainerInnen in Radevormwald wohnhaft, 30 davon werden vom Sozialamt betreut. 38 UkrainerInnen sind seit der letzten Ratssitzung zum Jobcenter gewechselt.

Seit der letzten Ratssitzung wurden 11 AsylbewerberInnen Radevormwald zugewiesen. Eine Person hat einen Aufenthaltstitel erhalten und wird seit dem vom Jobcenter betreut. 107 AsylbewerberInnen werden vom Sozialamt betreut.

**8. Bericht über die finanziellen Aufwendungen der Stadt im IV/0145/2022
Zusammenhang mit dem Ukraine_Konflikt**

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht über die finanziellen Aufwendungen der Stadt im Zusammenhang mit dem Ukraine Konflikt zur Kenntnis.

**9. Mitteilung über überplanmäßige/ausserplanmäßige IV/0146/2022
Aufwendungen und Investitionsauszahlungen.**

Frau Ebbinghaus erfragt, wie der Fallschutz auf Spielplätzen (zert. Hackschnitzelmaterial) in Zeile 6 (Erwerb von Spielgeräten) zur Erhöhung der Kosten beiträgt.

Herr Klein teilt mit, dass die Kosten hierfür höher sind. Diese Methode zur Verletzungsvermeidung hat sich jedoch bewährt.

Herr R. Ebbinghaus erfragt, wieso die Planung in Zeile 7 so überschritten wurde.

Herr Borg merkt an, dass die Anschaffung der Tische nicht vorgesehen war und somit nicht im Haushaltsansatz enthalten ist. Daher ist der Ansatz überschritten.

10. Bericht über die aktuelle Haushaltssituation

Herr Woywod berichtet über die aktuelle Haushaltssituation.

**11. Energiesparmaßnahmen (Anfrage der AfD-Fraktion vom AF/0026/2022
19.10.2022)**

Der Bürgermeister teilt folgendes mit:

Seitens des Gebäudemanagements wurden alle Heizungen in Städtischen Gebäuden von einem Fachunternehmen überprüft und eingestellt.

Die Temperatur wurde in allen öffentlichen Gebäuden auf 19 Grad abgesenkt.

Die Verbräuche werden monatlich überprüft, aufgrund des warmen Wetters sind Sie derzeit noch nicht aussagekräftig.

Seitens des Sozialamtes wurden Flyer mit Hinweisen zum Energiesparen in verschiedenen Sprachen gedruckt und persönlich an jedem Bewohner und jeder Familie durch die Diakonie überreicht, bei der Übergabe der Flyer wurde in einem persönlichem Gespräch auf die Notwendigkeit des Energiesparens hingewiesen.

Auf das Heizverhalten einzelner Personen hat die Verwaltung allerdings keinen Einfluss. Sofern sich bei den monatlichen Kontrollen herausstellt, dass es einzelne Ausreißer gibt, so wird versucht durch Gespräche eine Änderung des Heizverhaltens herbeizuführen.

12. Mitteilungen und Fragen

Herr Lorenz erfragt, ob Herr Woywod das Thema Karthausen in der Öffentlichkeit korrigieren möchte.

Herr Woywod teilt mit, dass nicht mehr alle Interessenten an einem Grundstück interessiert sind. Weiterhin wird auch der Schulneubau teurer als geplant.

Herr R. Ebbinghaus erfragt, ob es ein Gespräch mit Straßen NRW zur Ampel an der L414, Abfahrt Dahlhauser Bahnhof gab.

Der Bürgermeister teilt mit, dass dieses Thema als Wunsch der Verwaltung kommuniziert wurde. Hierzu gibt es noch keine Entscheidung.

Herr Golombek erfragt nach weiteren Informationen zu dem Zeitungsartikel „Breitband in Rade – aber nicht für Rader“.

Herr Woywod teilt mit, dass es sich hier um ein sehr ärgerliches Thema handelt. Das Problem ist, dass die Ortschaften neben Radevormwald zur Förderung des Ennepe-Ruhr-Kreises zählen und somit zu einem anderen Kreis und einer anderen Bezirksregierung.

Frau Ebbinghaus erfragt, wie viele „Regenbogenschilder“ in Radevormwald zerstört wurden. Der Bürgermeister gibt an, dass von 7 Schildern, 6 Stück zerstört wurden. Die Schilder sollen wieder aufgestellt werden.

Ende des öffentlichen Teils: 16:34 Uhr.

Johannes Mans
Vorsitzender

Larissa Schipper
Schriftführerin

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter